

Liebe Leserinnen und Leser,

vor zehn Jahren verloren wir mit ihm eine der bedeutendsten politischen Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegszeit und einen großen Sozialdemokraten: Johannes Rau.

Am 16.01.1931 wurde Johannes Rau geboren. Zeit seines Lebens zeichnete ihn eine einzigartige Persönlichkeit aus, die über Parteigrenzen hinweg gewürdigt wurde. Erhard Eppler nannte ihn einmal "Genie der Menschlichkeit". Johannes Rau mochte die Menschen und die Menschen mochten ihn. Bis heute steht er für Werte, die das gesellschaftliche Zusammenleben voranbringen: Verständigung und Integration, Mitmenschlichkeit.

Wir vermissen ihn, seine tiefe Menschlichkeit und seine große Gabe, Mut und Hoffnung zu vermitteln.



Niemals vergessen!

Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Wir verneigen uns vor den Millionen Opfern des NS-Regimes.



Erinnerung hat kein Verfallsdatum. Einen Schlussstrich kann es nicht geben. Auch und gerade für die jungen Menschen in Deutschland, die keine persönliche Schuld, dafür aber Verantwortung tragen, dass so etwas nie wieder geschieht. Wir alle sind in der Pflicht, den schönsten und zugleich wichtigsten Satz unseres Grundgesetzes im Alltag zu verteidigen: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Wir wollen eine Gesellschaft der Solidarität, des Friedens und der Gerechtigkeit!



















Jahreswirtschaftsbericht 2016

In dieser Woche stellte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Jahreswirtschaftsbericht der

Bundesregierung vor.

Dabei wurde deutlich: Das gesamtwirtschaftliche Wachstum entwickelt sich 2016 voraussichtlich weiter solide und auch die Lage auf

dem Arbeitsmarkt bleibt positiv. Im vergangenen Jahr fiel die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Daran haben die Arbeitsmarktreformen, die wir unter Rot-Grün um-

gesetzt haben, einen maßgeblichen Anteil. Und in dieser Legislaturperiode haben wir den Mindestlohn durchgesetzt, der dafür sorgt, dass viele Beschäftigte endlich mehr Geld in der Tasche haben und über

eine höhere Kaufkraft verfügen. Damit kurbeln wir unsere Binnenkonjunktur kräftig an.

Eine starke Wirtschaft braucht eine starke Gesellschaft – und umgekehrt!

Angesichts vieler hunderttausend Menschen, die

neu in unser Land kommen, sind Investitionen in den sozialen Zusammenhalt notwendiger denn je. Wir brauchen endlich einen Integrationsplan für Deutschland. Die SPD hat ein umfassendes Programm für Bildung, Arbeit, Wohnen und öf-

fentliche Sicherheit vorgelegt, von denen alle in unserem Land profitieren. Mit 80.000 zusätzlichen Kitaplätzen und 20.000 zusätzlichen Stellen für Erzieherinnen und Erziehern, früher

Sprachförderung und guter Ganztagsbetreuung wollen wir z.B. bei allen Kindern von Beginn an für mehr Chancengleichheit sorgen. Außerdem fordern wir 12.000 neue Stellen für die Polizei von Bund und Länder.



Wir sind überzeugt: Wo ein friedliches Zusammenleben gelingt, gibt es ein gemeinsames Verständnis von Grundwerten und Regeln. Dafür müssen Bund, Länder und Kommunen nun die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

















Flüchtlinge: Keine Zeit für Streit – wir brauchen rasch spürbare Entlastung!

Klar ist: Die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge muss sich rasch verringern. Nur dann können wir eine menschenwürdige Versorgung si-

cherstellen, und nur dann schaffen wir die notwendige Integrationsaufgabe. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht spürbare Fortschritte. Das Asylpaket II ist nach langen Verhandlungen nun be-

schlossen. Mit folgenden Punkten: Familiennachzug bei Flüchtlingen wird vorerst eingeschränkt, Marokko, Tunesien und Algerien wer-

den zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt, nach zwei Jahren soll die derzeit geltende Rechtslage automatisch wieder in Kraft treten und Ausbildungsbetrieben soll die Einstellung von Flüchtlingen erleichtert werde.



In der Realität führen Obergrenzen nicht dazu, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Das erreichen wir nur mit sicheren EU-Außengrenzen und der Bekämpfung der Fluchtursachen. Gleichzeitig streben wir eine

europäische Kontingentlösung an. Nicht um Europa abzuschotten, sondern weil wir Schlepperbanden endlich das Handwerk legen und die Kontrolle zurückgewinnen wollen, wer nach Europa einreist. Der europäische Rat muss sich Mitte Februar daher end-

lich auf konkrete Absprachen verständigen. Die Zukunft des Schengen-Raumes liegt nun in den

Händen der europäischen Mitgliedstaaten. Von Reisefreiheit und offenen Binnengrenzen profitieren alle in der EU. Alle Mitgliedsstaaten stehen daher in der Pflicht, gemeinsam das Notwendige zu tun, um diese große Errungenschaft der Europäischen Union aufrecht zu erhalten.





Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland sichern

Derzeit sprechen Bund und Länder über eine Neuordnung der föderalen Finanzbeziehung.

Hierzu hat die SPD-Bundestagsfraktion beim September reits 2014 klar Position bezogen.

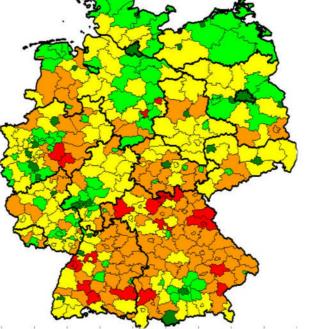
Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in einem sozialen Bundesstaat sichern. Eine Regionalisierung sozialer Standards, etwa der Teilhabe von Menschen mit

Behinderungen, ist mit diesem unverrückbaren Ziel ebenso unvereinbar wie ein Finanzsystem, das regionale Ungleichheiten befördert.

Für uns ist klar: Eine Einigung mit den Ländern ist nur möglich, wenn die finanzielle Handlungsfähigkeit aller staatlichen Ebenen, auch die des Bundes, gesichert bleibt. Der Vorschlag zur Neuregelung des Finanzausgleichs, den die Länder nun vorgelegt haben, ist vor dem Hintergrund dieser Prämisse sorgfältig zu bewerten. Eine Abkehr vom solidarischen Ausgleich zwischen den Ländern würde nicht nur die Gefahr bergen, dass deren finanzielle Handlungsfähigkeit zunehmend auseinanderklafft, sondern auch

> die Abhängigkeit finanzschwacher Länder vom Bund verstärken.

> Damit der Bund zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen kann wollen wir das Kooperationsverbot im Bildungsbereich abschaffen. Dem muss es möglich sein, in die Bildung unserer Kinder zu investieren und die Länder bei dieser



zentralen Aufgabe zu unterstützen.

Auch ist uns wichtig, dass der Bund eine Gesetzgebungskompetenz in der sozialen Wohnraumförderung erhält, damit er künftig den sozialen Wohnungsbau direkt unterstützen kann.

Um regionale Unterschiede besser auszugleichen, setzen wir uns zudem dafür ein, das Instrument der Gemeinschaftsaufgabe noch in dieser Legislaturperiode zu stärken. Notwendig ist ein



gesamtdeutsches System zur zielgenauen Förderung strukturschwacher Regionen ab dem Jahr 2020. Hierbei sollten die gesamtstaatlichen Herausforderungen durch den demografischen Wandel und die Integrationsaufgabe berücksichtigt werden.



Bund und Länder werden mit der Neuordnung ihrer Finanzbeziehungen eine Entscheidung treffen, die die Zukunft unseres Landes auf Jahrzehnte hinaus bestimmt. Gefordert sind deshalb Sorgfalt und ein faires Austarieren der Interessen aller staatlichen Ebenen, damit unser Gemeinwesen weiterhin auf einem solidarisch finanzierten, soliden Fundament steht.

Themen aus dem Plenum

Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen

Zum Jahreswirtschaftsbericht 2016 der Bundesregierung hielt der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, in dieser Woche eine Regierungsklärung. Der Bericht zeigt für 2016 voraussichtlich ein solides Wirtschaftswachstum von etwa 1,7%, das vor allem von der guten Binnenkonjunktur getragen wird. Auch die Aussichten für die Exporte sind stabil, allerdings sorgt die anhaltende Wachstumsschwäche in den Schwellenländern für Unsicherheiten.

Unsere Wirtschaftspolitik steht in 2016 vor allem im Zeichen von Investitionen und Digitalisierung. Ob bei der Elektromobilität, dem Breitbandausbau, der Vernetzung von Produktion und Maschinen oder der Digitalisierung der Arbeit, in vielen Bereichen ist der Staat als Förderer wie auch als Regulierer gefragt. Denn damit die Digitalisierung zur Chance für unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten wird, sind enorme Investitionen in Infrastruktur und Forschung genauso wichtig wie einheitliche Standards und Regelwerke.



29.01.2016 Ausgabe 02/2016 www.ulrich-hampel.de facebook.ulrich-hampel.de Seite 5/13



Den Zusammenhalt der Europäischen Union sichern

In einer vereinbarten Debatte haben wir in dieser Woche das Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2016 diskutiert, das 23 neue Initiativen in zehn Schwerpunktthemen ankündigte. Zentrales Thema dabei war die Bewältigung der Flüchtlingskrise, gefolgt von der Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Wir unterstützen die grundsätzliche Stoßrichtung der EU-Kommission. Eine gemeinsame europäische Antwort zur Bewältigung der Flüchtlingskrise wird mit darüber entscheiden, ob die Gemeinschaft auf Dauer bestehen kann. Gerade in einer Zeit komplexer, miteinander vernetzter Krisen wird der Rückzug auf den Nationalstaat zunehmend als Ausweg propagiert. Die EU muss zeigen, dass Kooperation und gemeinsame Ausübung von Kompetenzen zu besseren Lösungen führt.

Diese müssen für Bürgerinnen und Bürger erfahrbar sein, zum Beispiel durch eine Einigung und Umsetzung eines digitalen Binnenmarkts. Unser Anliegen ist es außerdem, dass die initiativen für eine gemeinsame Flüchtlingspolitik nicht die positiven Veränderungen verdrängen, die die Arbeit der EU-Kommission seit dem Wechsel zu Präsident Juncker erfahren hat, wie etwa die neuen Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen, die stärkerer Betonung von sozialen Aspekten und die Reduzierung von Bürokratielasten.

MINUSMA-Mission in Mali ausweiten

Die Bundesregierung will auf Bitte der Vereinten Nationen die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) ausweiten.



Die Mandatsobergrenze soll von 150 auf 650 Soldatinnen und Soldaten erhöht werden. So sollen beginnend ab Februar 2016 eine verstärkte gemischte Aufklärungskompanie, Objektschutzkräfte und erforderliche Einsatz-, Logistik-, Sanitäts- sowie Führungsunterstützungskräfte gestellt werden. Auch der deutsche Personalanteil in den Stäben der Mission in der Hauptstadt Bamako sowie im Norden Malis, in Gao, soll erhöht



werden. Zu den Kernaufgaben der Mission soll es gehören, Waffenruhe, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie das Friedensabkommen abzusichern.

Hochschulstatistik verbessern

Voraussetzung für eine effektive Steuerung der Hochschulpolitik ist eine gute Datenlage. Nur auf Basis zuverlässiger Statistiken über Studierende, Promovierende und das Personal lassen sich begründete und nachhaltige hochschulpolitische Entscheidungen treffen und anschließend auch auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Allerdings bildet das Hochschulstatistikgesetz die letzten großen Änderungen im Hochschulbereich, wie etwa die Bologna-Reform, bislang

noch nicht ab. Mit dem nun vorliegenden Gesetz wollen wir auf den Wandel der Hochschullandschaft seit Einführung der gestuften Studiengänge reagieren.

Unter anderem führen wir dafür eine Studienverlaufsstatistik ein und schaffen eine zentrale Auswertungsdatenbank Hochschulstatistik. Damit werden Informationen über Fachwechsel, Studienabbrüche und über Übergänge vom Bachelor in den Master verbessert. Darüber hinaus wird auch eine Promovierendenstatistik eingeführt. Im parlamentarischen Verfahren konnten wir zu-dem durchsetzen, dass die erste Datenerhebung der Prüfungen und Studierenden erst im Sommersemester 2017 durchgeführt werden muss. Das lässt den Hochschulen genügend Zeit, sich auf die Änderungen der Statistik einzustellen. Ebenso sollen auch die Gasthörerzahlen weiterhin von der Hochschulstatistik erfasst werden, da dieser Weg der Weiterbildung zunehmend an Stellenwert gewinnt. Außerdem wird der Zeitraum der Datenspeicherung verlängert, um zukünftig das lebenslange Lernen und die wissenschaftliche Weiterbildung noch besser abbilden zu können.



29.01.2016 Ausgabe 02/2016 www.ulrich-hampel.de facebook.ulrich-hampel.de Seite 7/13



Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Junge Menschen vor den Gefahren von E-Zigaretten schützen

E-Zigaretten und E-Shishas sind bei vielen Kindern und Jugendlichen beliebt. Schätzungsweise jeder fünfte Jugendliche hat bereits eine E-Shisha probiert. Allerdings zeigen aktuelle Studien, dass diese Produkte gesundheitsgefährdend sind und deshalb nicht in die Hände von Kindern und Jugendlichen gehören. Beim Konsum von E-Zigaretten und E-Shishas erhöht sich die Gefahr, an Krebs oder einer Lungenschädigung zu erkranken. Wir werden deshalb im Rahmen des Jugendschutzgesetzes ein Abgabeverbot für E-Shishas und E-Zigaretten an Jugendliche durchsetzen. Dieses Abgabeverbot soll auch für den Versandhandel gelten.



Unternehmen müssen Wirtschaftsprüfer wechseln

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen europäische Vorgaben zu Jahresabschlussprüfungen großer Unternehmen in nationales Recht umgesetzt werden. Vor dem Hintergrund der Rolle der Wirtschaftsprüfungsinstitute während der Finanzkrise müssen kapitalmarktorientierte Unternehmen, Banken und -Versicherungen künftig die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Prüfung der Jahresabschlüsse spätestens alle zehn Jahre wechseln. Wer prüft, darf außerdem künftig das geprüfte Unternehmen nur in begrenztem Umfang beraten. Dadurch können Wirtschaftsprüfungsgesellschaften unabhängiger und unparteilicher prüfen. Banken und Versicherungen können nach dem Gesetzentwurf diese Zehnjahresgrenze auf keinen Fall überschreiten. Andere Unternehmen können unter bestimmten Voraussetzungen das Prüfungsmandat ihres Wirtschaftsprüfers auf maximal 24 Jahre verlängern. Diese Höchstdauer ist nur dann zulässig, wenn nach dem 10. Jahr ein Auswahlverfahren durchgeführt wird und außerdem weitere Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfergesellschaften zur Prüfung bestellt werden.



Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind von den Rotationsvorgaben ausgenommen. Denn sie können ihre Prüfer nicht frei wählen, sondern unterliegen einem gesetzlichen Dauerprüfmandat. Diese speziellen Regelungen haben sich auch in der Finanzkrise bewährt.

Ein Strommarkt für die Energiewende

In erster Lesung haben wir in dieser Woche den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Wei-

terentwicklung des Strommarktes beraten. Es soll den Strommarkt auf die Erfordernisse der Energiewende ausrichten. Durch den steigenden Anteil erneuerbarer Ener-

gie, die Abschaltung der Kernkraft, die Erreichung nationaler Klimaziele und die steigende europäische Vernetzung verändern sich die Anforderungen an den Strommarkt. Er muss stärker als bisher Einspeisung und Entnahme synchronisieren, dazu die richtigen Preissignale senden und gleichzeitig Versorgungssicherheit und Kosteneffizienz gewährleisten. Dazu wird im Energiewirtschaftsgesetz sichergestellt, dass auch in Zukunft eine freie wettbewerbliche

Preisbildung auf dem Strommarkt zustande kommt und auch Preisspitzen zugelassen werden. Anbieter von Lastmanagement und Ladesäulen für Elektromobile werden besser in den Strommarkt integriert. Die Transparenz im Strommarkt wird verbessert. Um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, wird eine Kapazitätsreserve eingeführt. Dazu werden fossile Erzeugungskapazitäten außerhalb des Strommarktes vorgehalten und bei Bedarf eingesetzt. Die

Reserve kommt zum Einsatz, wenn trotz freier Preisbildung an der Strombörse kein ausreichendes Angebot existiert.

Um gleichzeitig das nationale Klimaschutzziel für 2020

zu erreichen, werden ab 2016 Braunkohlekraftwerke schrittweise aus dem Markt genommen und für vier Jahre in eine Sicherheitsbereitschaft überführt. Das betrifft 13% der in Deutschland installierten Braunkohlekraftwerkskapazität. Für jeweils vier Jahre kann auf die Kraftwerke zur Absicherung zurückgegriffen werden, zum Beispiel in unvorhersehbaren extremen Wettersituationen. Nach Ablauf dieser vier Jahre werden sie endgültig stillgelegt. Die Kraftwerksbetreiber





Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt //

sowohl in der Kapazitäts- als auch in der Sicherheitsbereitschaft werden für das Vorhalten dieser Kapazitäten entschädigt.

Innovative Arbeitsforschung zur Humanisierung der Arbeitswelt

Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt nachhaltig verändern. Diesen Prozess wollen wir aktiv gestalten, indem wir die Möglichkeiten zur Humanisierung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung nutzen, zugleich aber Risiken für alte Beschäftigungsformen und die bewährte Form der Mitbestimmung minimieren. Dafür brauchen wir eine zeitgemäße Arbeitsforschung, die sich nicht allein auf technische Aspekte beschränkt, sondern den Menschen in den Mittelpunkt rückt. In diesem Zusammenhang begrüßen wir in unserem Antrag die Vorlage des Grünbuchs "Arbeiten 4.0" und den damit begonnenen Dialogprozess. Ebenso bekräftigen wir unsere Unterstützung für das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung angekündigte Rahmenprogramm "Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen" mit einer finanziellen Grundausstattung von rund einer Milliarde Euro bis 2020.



Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung dazu auf, noch in dieser Legislaturperiode weitere Förderschwerpunkte im Rahmen des Gesamtprogramms umzusetzen, insbesondere zur beschäftigungs- und beteiligungsorientierten Gestaltung des digitalen Strukturwandels.

Es soll gewährleistet sein, dass die Netzwerke, Plattformen und Initiativen von Bund und Ländern (z.B. Plattform Industrie 4.0, Plattform Digitale Arbeitswelt) in die Projekte des Arbeitsforschungsprogramms eingebunden werden. Auch soll die Bundesregierung prüfen, in wie weit bei verschiedenen Forschungsprogrammen eine engere Einbeziehung der Sozialpartner sichergestellt werden kann.

Im Rahmen der Projektförderung sollte zudem ein Schwerpunkt auf Fragen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einer modernen Arbeitswelt gelegt werden.



Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt //

Red Hand Day

Wir setzen ein Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten! Gegen diese massive Kinderrechtsverletzung wird seit 2002 jedes Jahr am 12. Februar in vielen Ländern weltweit protestiert. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen gibt es um die 250.000 Kindersoldaten, weil sie billig und leicht manipulierbar sind. Das muss gestoppt werden!

Kindersoldaten sind alle Personen unter 18 Jahren, die von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen rekrutiert und eingesetzt werden, egal in welcher Funktion. Darunter sind Kinder, die als Kämpfer, Köche, Träger, Nachrichtenübermittler, Spione oder zu sexuellen Zecken genutzt werden. Dazu gehören auch die Mädchen und Jungen, die nicht aktiv an Kampfhandlungen teilnehmen. (Pariser Prinzipien 2007)

Infos zur Aktion in Deutschland: www.aktion-rote-hand.de











Übergabe Förderbescheid - Einladung nur nach Parteibuch

Vor wenigen Tagen wurde in Berlin dem Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld, Dr. Jürgen Grüner, vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur ein erster Förderbescheid für den weiteren Breitbandausbau im Kreisgebiet überreicht. Dem Kreis stehen damit 50 000 Euro für Planungsleistungen zur Verfügung, um die nächsten Ausbauprojekte vorzubereiten.

Ich freue mich über den Förderbescheid für unsere Region. Als örtlich zuständiger Bundestagsabgeordneter hätte ich natürlich sehr gern an der Übergabe des Förderbescheids teilgenommen und Herrn Dr. Jürgen Grüner persönlich gratuliert. Schließlich hatte ich mich bereits Anfang 2015 mit Herrn Dr. Grüner in Berlin zu einem intensiven Meinungsaustausch zum Thema Breitbandausbau getroffen und im Nachgang unsere Fachpolitiker über den aktuellen Sachstand im Kreis Coesfeld informiert. Von Seiten des Bundesverkehrsministeriums CSU-geführten wurde aber nur der hiesige CDU-Bundestagabgeordnete Karl Schiewerling zur offiziellen Übergabe des Förderbescheids eingeladen. Im Nachgang entschuldigte sich zwar das Ministerium, dass "aus Versehen" nur der CDU-Abgeordnete eingeladen wurde. Das ändert jedoch nichts daran, dass hier offenbar die Einladung nach Parteibuch erfolgte.

Sprache ist der Schlüssel zur Welt!

Die Schwerpunkt Kita Sprache und Integration "Alter Kindergarten" in Nottuln erhält Förderung durch Bundesprogramm "Sprach-Kitas": Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist!



Am 1. Januar 2016 ist das neue Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" gestartet. Damit unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die alltagsintegrierte sprachliche Bildung in Kitas. Das Programm richtet sich hauptsächlich an Einrichtungen, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichem Förderbedarf besucht werden. Diese wurden im Rahmen eines



Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt //

Interessenbekundungsverfahrens und in Abstimmung mit den Ländern ausgewählt.

Ich freue mich sehr, dass die Schwerpunkt Kita Sprache und Integration "Alter Kindergarten" in Nottuln im Rahmen dieses Programms künftig gefördert wird.

Sprache ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Integration und einen erfolgreichen Bildungsverlauf. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sprachliche Bildung besonders wirksam ist, wenn sie früh beginnt. Das Bundesfamilienministerium fördert deshalb mit dem Bundesprogramm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" die alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung.

Die teilnehmenden Einrichtungen werden durch zusätzliche Fachkräfte, Sprachexpertinnen und Sprachexperten, bei der alltagsintegrierten sprachlichen Bildungsarbeit unterstützt. Dazu finanziert das Programm eine zusätzliche halbe Fachkraft-Stelle je teilnehmender Kita.



Ihnen wünsche ein ich ein schönes, entspanntes und erholsames Wochenende aus dem politischen Berlin.

Olydomil

Ihr